

Ressort: Politik

Koalition streitet über Zuwanderung

Berlin, 30.12.2013, 04:00 Uhr

GDN - In der Debatte um Armutsmigranten aus Bulgarien und Rumänien erntet die CSU Widerspruch aus der Bundesregierung. Laut neuen Zahlen des Bundesarbeitsministeriums gibt es keine Belege für eine bedeutende Zuwanderung ins deutsche Sozialsystem, berichtet die "Süddeutsche Zeitung".

Die vollständige Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Bürger beider Länder zum 1. Januar 2014 sieht das Haus von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) laut des Berichtes optimistisch. Nach den Erfahrungen der Öffnung für Polen und weitere mittel- und osteuropäische EU-Bürger 2011 seien keine "erheblichen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt" zu erwarten, heißt es in einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion, die der Zeitung vorliegt. Das Papier trägt die Unterschrift der neuen Parlamentarischen Staatssekretärin im Arbeitsministerium, Anette Kramme (SPD). Die CSU hatte am Wochenende einen schärferen Kurs gegen Armutsmigranten gefordert. In einer Beschlussvorlage der CSU-Landesgruppe im Bundestag für ihre Klausur Anfang Januar war der "fortgesetzte Missbrauch der europäischen Freizügigkeit durch Armutszuwanderung" kritisiert worden. "Die vermeintliche Armutsmigration aus Bulgarien und Rumänien ist ein populistischer Popanz ohne Substanz", sagte die Initiatorin der Anfrage, die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke, so die "Süddeutsche Zeitung" weiter. Einzelne kommunale Brennpunkte existierten, "doch platte Parolen zur Einschränkung der EU-Freizügigkeit helfen weder den betroffenen Menschen noch den Kommunen". Die SPD-Vizevorsitzende Aydan Özoğuz warf der CSU vor, durch "falsche Pauschalurteile" die Stimmung gegen Arme aufzuheizen. Die Angst vor der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu schüren sei "eindimensional und unsachlich", sagte Özoğuz, die als Staatsministerin im Kanzleramt für Migration zuständig ist.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-27610/koalition-streitet-ueber-zuwanderung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619